

Zeitschrift: Armee-Logistik : unabhängige Fachzeitschrift für Logistiker = Organo indipendente per logistica = Organ independenta per logistichers = Organ indépendant pour les logisticiens

Herausgeber: Schweizerischer Fourierverband

Band: 78 (2005)

Heft: 7

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

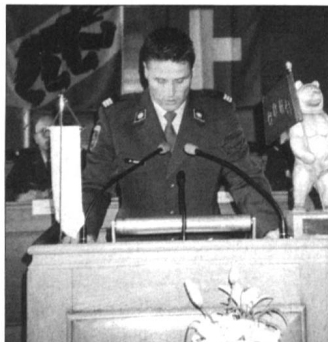
Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 13.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kämpft Schmid an vielen Fronten?



Oberst i Gst Michele Moor anlässlich der SOLOG-Hauptversammlung in Bern. Foto: Meinrad A. Schuler

Der Tessiner Michele Moor ist seit Mitte März Präsident der Schweizerischen Offiziersgesellschaft (SOG). Raphael Prinz hat bei ihm «Nachgefragt» und das Interview in der «Neuen Luzerner Zeitung» vom 2. Juni 2005 publiziert:

Michele Moor, am 24. Juli findet ein Rütli-Report zur Zukunft der Armee statt. Was erhoffen Sie sich davon?

Moor: Ich habe die Einladung gestern erhalten und gesehen, dass Bundesrat Blocher spricht. Der Anlass klingt interessant, wird von der SOG aber nicht offiziell unterstützt. Mehr kann ich dazu aber noch nicht sagen.

Nicht mit dabei sein wird Verteidigungsminister Schmid. Welche Rolle spielt er in der laufenden Armee-Diskussion?

Moor: Wenn ich die ständigen Budgetkürzungen betrachte, stellt sich für mich die Frage: Wie stark wehrt sich Bundespräsident Schmid im Bundesrat und im Parlament überhaupt? Oder lässt er sich bezüglich Armeefinanzien unter Druck setzen von den anderen Departementen? Ich tendiere zu Letzterem, natürlich aber in Unkenntnis der Gespräche im Bundesrat.

Schmid hat an mehreren Fronten zu kämpfen: Gegen seine eigene Partei, gegen das Parlament und nun auch noch gegen die Offiziere?

Moor: Er steht unter Druck, das ist klar. Doch was soll ich dazu sagen?

Die Offiziere wollen Partner sein von Schmid und keine Gegner. Aber: Als SOG-Präsident muss ich versuchen, alle Meinungen zu vertreten und ein Sprachrohr der Offiziere und der aktuellen Stimmung zu sein. Es ist falsch, wenn der SOG-Präsident immer schön auf VBS-Linie ist.

Ihr Vorgänger Ulrich Siegrist galt als treuer Schmid-Anhänger...

Moor: ... Ich bin nicht Herr Siegrist. Die SOG hat aber mit mir zum Teil einen neuen Kurs.

Wie äussert sich denn der Offiziersverband in der Armeedebatte?

Moor: Wir sind zurzeit daran, ein Papier auszuarbeiten mit unseren Antworten auf die Entwicklungsschritte der Armee. Dabei beachten wir die gesamte Situation, also die militärische und die finanzielle Lage. Die Entwicklungsschritte der Armee dürfen nicht nur mit der Veränderung der Bedrohungslage begründet werden. Manchmal scheint mir dieses Argument vorgeschoben zu werden für weitere Sparübungen.

Der Nationalrat will nochmals 447 Millionen Franken bei der Armee sparen. Was bedeutet das?

Moor: In der Armee müssen wir überall die Minimalansätze wählen. Das wirkt sich auf das Leistungsprofil aus und ist nicht unproblematisch. Objektiv gesehen ist es bei der heutigen sicherheitspolitischen Lage aber noch verantwortbar – als allerunterste Grenze.

Aber die Landesverteidigung ist noch zu gewährleisten?

Moor: Ja, wenn uns jedoch noch mehr Geld weggenommen wird, müssen wir eine neue, grundsätzliche Diskussion zur Armee führen. Weitere Einsparungen sind nur noch bei den Investitionen möglich. Passiert dies, veraltet die Armee. Das will das Volk nicht. Es hat 2003 Ja gesagt zu einer kleineren, aber technisch besseren und modernen Armee.

Mit freundlicher Genehmigung für den Abdruck durch Oberst i Gst Michele Moor.

Armee XXI: Optimierung oder Demontage?

Armee als sicherheitspolitisches Machtinstrument und Integrationsfaktor oder als effiziente Geldvernichtung und zweifelhaftes Kulturgut? Entwicklungsschritt der Armee 2008-2011.

VON OBERST
ROLAND HAUDENSCHILD

Ausgangslage

Die schweizerische Landesverteidigung beruht auf der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999, dem Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz (SIPOL B 2000) vom 7. Juni 1999 und dem Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Konzeption der Armee XXI (Armeeleitbild XXI; ALB XXI) vom 24. Oktober 2001. Nachdem in der Volksabstimmung vom 18. Mai 2003 über die Änderung vom 4. Oktober 2002 des Militärgesetzes (MG Armee XXI) abgestimmt und diese angenommen wurde, konnte die Armee XXI ab dem 1. Januar 2004 verwirklicht werden.

Warum eine Armeereform?

- Sicherheitspolitische Lage, Bedrohungen und Gefahren für die Schweiz haben sich verändert
- Grösse der Armee wegen Entwicklung Rüstungstechnik weniger wichtig, dafür Ausbildung und Ausrüstung wichtiger
- Beruf und Familie mit Militärdienst immer schwieriger zu vereinbaren
- Finanzknappheit bei der Armee.

Wie sieht die Armeereform aus?

- Angehörige der Armee (AdA) werden früher als bisher aus der Militärdienstpflicht entlassen; Armee wird damit um rund einen Drittel verkleinert
- Rekrutenschule wird verlängert (auf 18 bzw. 21 Wochen je nach Truppengattung), um Ausbildung

zu verbessern. Anschliessend 6 bzw. 7 Wiederholungskurse zu je 3 Wochen. Ausbildungsdienst-dauer wird reduziert

- Je Rekrutenjahrgang können bis zu 15 Prozent Dienst von 300 Tagen am Stück leisten (Durchdiener)
- Vereinfachung Aufbau der Armee: Wegfall Korps, Divisionen und Regimenter; neu noch Brigaden und Bataillone/Abteilungen.

Bereits kurz nach der Einführung traten verschiedene Schwierigkeiten auf. Die personelle Überführung der Armee 95 in die Armee XXI erwies sich schwieriger als erwartet. Bei Angeboten und der Administration ergaben sich teilweise groteske Situationen, die mit der Elektronischen Datenverarbeitung lange nicht gemeistert werden konnten. In der Ausbildung zeigten sich schnell Engpässe wegen fehlendem Berufspersonal; die Miliz war als Lückenbüsser wieder in der Ausbildung willkommen. Da Polizeikräfte fehlten, wurde die Armee in grossem Stil und für längere Zeitdauer bei subsidiären Aufgaben wie z.B. Botschaftsbewachungen eingesetzt.

Im übrigen musste das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) und damit die Armee wie andere Departemente und Bundesinstitutionen sparen und zusätzlich in den Entlastungsprogrammen Haare lassen. Daneben waren Verzichtplanungen, Abbaumassnahmen und Liquidationen zu bewerkstelligen, um die Schweizer Armee den neuen Erfordernissen anzupassen.

Im Verlauf des Jahres 2004 wurde klar, dass die Vorgaben für die Armee XXI personell, materiell und finanziell nicht eingehalten werden konnten. Der Bundesrat gab Anfang September 2004 einschneidende personelle und materielle Sparmassnahmen in den Bereichen Heer und

Logistik bekannt, was zu entsprechenden kritischen Reaktionen der Betroffenen führte.

Reformen

Der Bundesrat beauftragte das VBS am 8. September 2004 verschiedene Massnahmen zu prüfen mit dem Ziel, eine Optimierung der Armee herbeizuführen. Unter der Bezeichnung Optimierung bzw. weitere Entwicklung der Armee beschloss der Bundesrat am 11. Mai 2005 neue Prioritäten für den Einsatz der Armee zu setzen. Die neuen Massnahmen wurden durch die veränderte Bedrohungslage und den engen Finanzrahmen begründet und sollen im Zeitrahmen zwischen 2008 und 2011 umgesetzt werden. Es sind folgende Massnahmen vorgesehen:

Beschlossen wurde eine Schweregewichtsverlagerung bei den Einsätzen, das heisst mit den neuen Prioritäten sollen die Sicherungseinsätze verstärkt und die Verteidigung im «klassischen» Sinn verringert werden. Sicherungskräfte sollen sich primär auf den Schutz der Bevölkerung und Infrastruktur konzentrieren. Das Gros der Infanterieformationen soll in Zukunft auf die Raumsicherung ausgerichtet werden., z.B. Schutz von Transitachsen oder Überwachung von Grenzabschnitten. Damit können auch Sicherungskräfte für die Unterstützung der zivilen Behörden, in Assistenzsätzen wie Bewachungsaufgaben und Konferenzschutz eingesetzt werden. Zu diesem Zweck müssen teilweise aus heutigen Panzer-, Panzergrenadier-, Panzersappeurbataillonen und Artillerieabteilungen Infanteriebataillone gebildet werden. Auch in Zukunft wird die Schweizer Armee über eine ein-

heitliche Infanterie verfügen; sie umfasst 32 Infanteriebataillone, davon 20 aktive. Ein Infanteriebataillon zählt zirka 1000 AdA.

Rund die Hälfte der heute dafür vorgesehenen Truppen, ein kleiner Teil der Armee, ist für den «klassischen» militärischen Verteidigungskampf vorgesehen, das heisst der Schulung des Gefechts der verbundenen Waffen. Eine gegenüber heute verringerte Anzahl von Panzer-, Panzergrenadier-, Panzersappeurbataillone und Artillerieabteilungen bilden die Verteidigungskräfte, dazu Festungspionier- und Unterstützungsformationen, Luftwaffenverbände und Führungs- und Aufklärungsformationen. Diese Truppen bilden den Aufwuchskern Verteidigung. Für Einsätze im ganzen Spektrum der Armee werden wie bis anhin Truppen der Luftwaffe, der Führungsunterstützung und Logistik bereitstehen.

In Zahlen ausgedrückt bedeutet dies:

Klassische Verteidigung zirka	18 500 AdA
Aufgaben der Raumsicherung zirka	33 000 AdA
Führungsunterstützung, Logistik und Luftwaffe für Aufgaben im gesamten Armeeeinsatzspektrum zirka	<u>68 500 AdA</u>
Total	120 000 AdA
zusätzlich	
ein Rekrutenjahrgang	20 000 AdA
Reserve	<u>80 000 AdA</u>
Gesamtbestand Armee	220 000 AdA

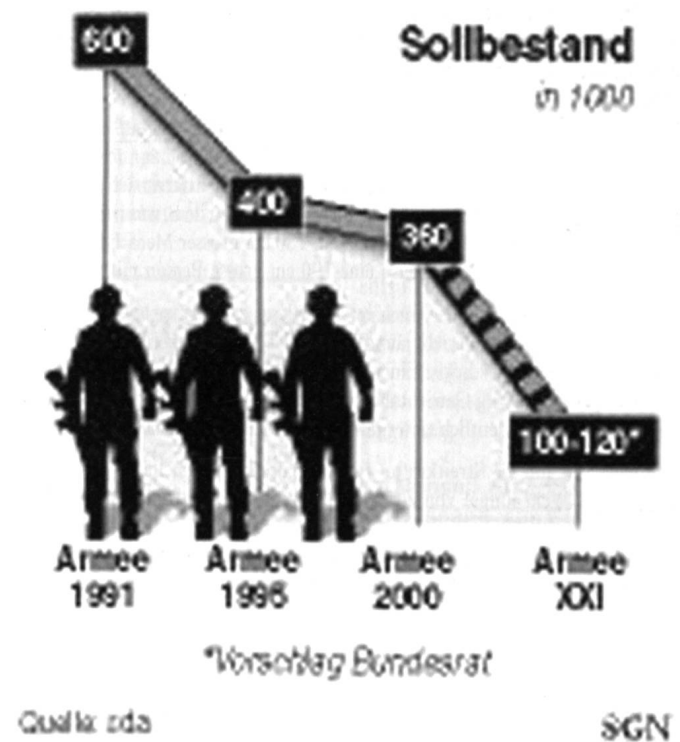
Auswirkungen

Der Entwicklungsschritt 2008/2011 bedeutet die Konzentration auf wahrscheinliche Einsätze: Präventive

Sommaire

Le Conseil fédéral a donné le 11 mai 2005 son feu vert pour adapter les priorités pour l'armée. Ce sont des mesures nécessaires et elles seront mise en oeuvre entre 2008 et 2011. Les engagements de sûreté augmenteront tandis que les moyens pour la défense au sens classique du terme vont être réduits. Le système de milice reste et les effectifs de l'armée demeurent inchangés. Il s'agit d'une optimisation de la réforme de l'armée.

ARMEE: VON XL ZU XXI



SWISS GRAPHICS NEWS

Raumsicherung, Existenzsicherung und Friedensförderung. Die Dynamische Raumverteidigung bzw. Verteidigung sind wenig wahrscheinliche Einsätze. In 12 Kernbotschaften wird auf die Umsetzungsschritte hingewiesen:

1. Raison d'être. Image der in Bevölkerung verankerten Milizarmee
2. Keine neue Reform
3. Rollenspezialisierung und Kernkompetenz Verteidigung
4. Verstärkte Kapazitäten für Sicherungseinsätze
5. Dienstageüberhang
6. Friedensförderung
7. Durchdiener
8. Rekrutierungszentren
9. Zukunft der Teilstreitkräfte
10. Reserve
11. Auswirkungen auf Rüstungsprogramme
12. Zusammenhang mit den Entlassungsprogrammen (EP) 03/04.

Diese Kernbotschaften erwecken den Eindruck einer arbiträren Auflistung, ohne die aktuellen grundlegenden Fragen und Probleme zu klären.

Der Volksentscheid vom 18. Mai 2003 bildet nach wie vor die Grundlage für die Ausgestaltung der Armee XXI; sogar die Armeeplanung hat dies zu berücksichtigen.

Der Bundesrat als politische Behörde lässt eine klare Strategie vermissen. Die Reform vom 11. Mai 2005 bedeutet eine grosse Reduktion der Kampftruppen auf noch 20 aktive und 12 Reservebataillone, total 32 Infanteriebataillone. Die Forderung, dass der Neutrale gegenüber den übrigen Mächten als letzter abrüsten sollte, wird missachtet. Mit rund 30 000 Infanteristen, ergänzt durch Führungsunterstützungs- und Logistiktruppen, kann das Schweizer Heer kein Powerplay durchführen und seine Glaubwürdigkeit im Ausland sinkt. Die Möglichkeiten und Grenzen der Kooperation werden sichtbar. Eine glaubwürdige, bewaffnete Neutralität ist auch nicht mehr durchführbar. Bleibt dann noch der Beitritt zu einer Allianz? Über die drei sicherheitspolitischen Aufträge und ihre Gewichtung herrscht zur Zeit ebenfalls keine Klarheit. Wie der verfassungsmässige Auftrag umgesetzt

Zum Nachdenken

Dünn, dünner, tot

«Abspecken» fordern Politiker immer wieder vom Österreichischen Bundesheer. Das klingt gut, kostet nichts und begeistert manchen Stammwähler. Doch die Sache hat einen Haken: Untergewichtige können beim Abnehmen sterben.

VON OBERST JOSEF VYSKOCIL

«Dick» und «dünn» sind keine absoluten Werte. Sie orientieren sich oft an den Wunschvorstellungen des Betrachters, noch öfter aber an dem, was in der Umgebung normal ist. So gilt z.B. in Europa ein 180 cm grosser Mensch mit knapp 80 kg als normalgewichtig, ebenso eine 190 cm grosse Person mit 90 kg.

«Dick» und «dünn» sind also auch im Verhältnis zur Grösse zu sehen. Würden ein Sumo-Ringer oder die Jazz-Gitti zirka 20 kg abnehmen, wären sie demnach immer noch «dick». Ein vorher normalgewichtiger 180 cm grosser Mensch wäre nach 20 kg Gewichtsabnahme «dünn» – ein ebenso grosser, vorher mit 50 kg ohnedies deutlich untergewichtiger Mensch danach tot.

Ähnliches gilt für die Streitkräfte: Im europäischen Raum liefert ein durchschnittliches Wehrbudget von zirka 1,6 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) den Streitkräften das militärische Normalgewicht. Stellen wir uns einmal die Streitkräfte eines Staates von der Grösse Österreichs als einen 180 cm grossen Menschen vor. Mit 1,6 Prozent BIP Wehrbudget brächte dieser als grössenabhängiges Normalgewicht 80 kg auf die Waage.

Nur wer in Europa (und im euro-atlantischen Bereich) zumindest annähernd das Normalgewicht einbringt, wird in den verschiedenen Sicherheitsgremien für voll genommen. Ein militärischer Hungerkünstler erhält dort keinen Beifall, gilt er doch – übrigens nicht nur dort – politisch als Leichtgewicht!

Und wie sieht es mit dem Gewicht des Österreichischen Bundesheeres aus? Dargestellt als eine 180 cm grosse Person und gemessen an den Wehrausgaben, wöge es (nach jahrelanger 0,75 Prozent BIP-Diät) derzeit nicht einmal 40 kg und damit weniger als die Hälfte des in Europa üblichen militärischen Normalgewichtes.

Die Soldaten wissen das seit langem und leiden darunter. Doch auch stets politisch aktive Menschen, wie z.B. Dr. Helmut Zilk, haben das Problem erkannt und daher ein Mindestwehrbudget von 1 Prozent BIP gefordert. Damit würde das Gewicht des Bundesheeres – dargestellt als 180 cm grosse Person – in Zukunft zirka 50 kg entsprechen. Es wäre damit noch immer mager, aber wenigstens handlungsfähig. In der Realität hingegen wachsen nur die Aufgaben, die Ressourcen sinken weiter (Wehrbudget für 2006 unter 0,72 Prozent BIP).

Um das Österreichische Bundesheer für seine In- und Auslandsaufgaben wenigstens annähernd «normalgewichtig» zu machen, müssten es die Verantwortlichen finanziell auf *doppelte (= für Europa normale) Ration* setzen – *rasch und auf Dauer!* Auch wenn das jene stört, die in der Sicherheitspolitik von einem Idealgewicht Null träumen.

Quelle: «Truppendienst», 3/2005; der Autor Oberst Josef Vyskocil ist Leitender Redaktor dieser international anerkannten Militär-Fachzeitschrift.

Tatsache ist: In andern Ländern wird nicht so viel gespart

-r. Nach Schätzungen des Stockholm International Peace Research Institute (Sipri) haben die weltweiten Rüstungsaufwendungen im vergangenen Jahr erstmals wieder die Billionengrenze überschritten. Mit 1,035 Billionen Dollar (rund 1290 Milliarden Franken) lagen die Militärausgaben auf dem höchsten Stand seit dem Ende des Kalten Krieges: 1988 war nach einer Meldung der «Neuen Zürcher Zeitung» ein Rekordwert von 1,1 Billionen Dollar verzeichnet worden. Nach Angaben des Friedensforschungsinstituts waren im Jahr 2004 19 bewaffnete Konflikte zu verzeichnen, bei denen es sich allesamt um innerstaatliche Konflikte handelte. Nur 3 davon – jener im Irak, jener in der sudanesischen Krisenregion Darfur und der Kampf gegen die Terrororganisation al-Kaida – sind jünger als zehn Jahre.

Fortsetzung von Seite 3

werden soll, ist nicht ersichtlich. Die Verteidigungsfähigkeit wird abgebaut und mit späterem Aufwuchs begründet. Ob die Armee im Bedrohungsfall rasch aufgerüstet werden kann, ist fraglich. Was man nicht hat, kann nicht bei Bedarf herbeigezaubert werden. Die allgemeine Wehrpflicht wird nicht eindeutig umgesetzt. Einerseits wird die abnehmende Tauglichkeit beanstandet, andererseits wird versucht über die Aushebungsquoten die Bestandesbedürfnisse zu regulieren. Die allgemeine Wehrpflicht ist durchlöchert.

Die Professionalisierung bedroht das Milizprinzip, eine grundlegende Maxime der Schweizer Armee. Das Prinzip der Miliz schönzureden aber nichts dafür zu tun ist zwecklos; bei jeder Umgestaltung der Armee verschwindet ein Stück Miliz. Eine Überprüfung des Ausbildungskonzeptes wäre ferner angezeigt.

Eine Milizarmee braucht Kontinuität, sei es bei der organischen

Zusammensetzung der Truppenkörper und Grossen Verbände oder sei es bei der regionalen bzw. territorialen Verankerung der Verbände. Die Ausbildungs- und Führungsverantwortung in den WK-Verbänden muss in einer Hand vereinigt bleiben. Eine Erhöhung der Durchdienerquote läuft dem Milizprinzip zuwider. Aufgrund des hohen beruflichen und militärischen Potenzials dürfen Milizstäbe nicht marginalisiert werden.

Die Reduktion des Militärbudgets darf nicht zur Zwangsjacke einer glaubwürdigen Milizarmee werden. Mit rund 9% der Bundesausgaben sind die Ausgaben des VBS an der unteren Grenze angelangt. Die vorhandenen Mängel der Armee XXI können und müssen umgehend behoben werden; permanente Reformen sind unvereinbar mit einer Milizarmee. Unser Militärwesen wird noch heute im Ausland bewundert, nur im eigenen Land scheint man nicht überall seinen unbestreitbaren Wert einzusehen.

Entlastungsprogramm 04

Der Nationalrat spart im Rahmen des Entlastungsprogramms 04 (EP 04) von 2006 bis 2008 insgesamt 5 Milliarden Franken.

-r. Im VBS sehen die Sparmassnahmen folgendermassen aus:

Verteidigungsbereich: Vorschlag Bundesrat, Entscheide Stände- und Nationalrat 447 Millionen Franken. Während Bundesrat und Ständerat beim Bevölkerungsschutz keine Abstriche vornahmen, entschied sich der Nationalrat für eine Reduzierung des Etats um 30 Millionen Franken. Hingegen waren sich die drei Gremien einig bei «Weitere Massnahmen» mit 42 Millionen Franken. Somit soll das VBS nach dem Vorschlag des Bundesrates und dem Entscheid des Ständerates 489, nach Ansicht des Nationalrates um sage und schreibe über eine halbe Milliarde (519 Millionen Franken) einsparen.

Einige Pressestimmen zum EP 04:

«... Jedes Departement musste nach dem Prinzip der Opfersymmetrie

schmerzliche Abstriche machen. Der Nationalrat hielt fast durchgehend daran fest. So versagte er es sich, die Armee vom neuerlichen Sparen auszunehmen. Hätte er hier die Disziplin nicht gewahrt, hätten sich die verschiedensten Interessengruppen auch in anderen Bereichen durchsetzen können und das Programm womöglich zu Fall gebracht. Richtigerweise ist er auch nicht auf Versuche von links und rechts eingetreten, einzelnen Bereichen (Kultur, Buwal, VBS) im Sinne von Strafaktionen die Mittel zu entziehen, die sie zur Auftragsbefreiung brauchen. Über das EP 04 hinaus zu sparen hiesse allerdings, an die Substanz zu gehen. Die Rasenmähermethode ist ausgereizt. ...»

Mathias Küng in der «Aargauer Zeitung» vom 3. Juni 2005

«... Armee: Hier wird am meisten gespart. Der Rat folgt dem Vorschlag des Bundesrats, in den nächsten drei Jahren gegenüber dem Finanzplan 447 Millionen zu kürzen. Merz warnte vor einem «Dammbruch», falls die Armee vom Sparpaket ausgenommen würde. Die SVP unterlag mit ihrem Antrag, bei der Landesverteidigung

Rüstungsprogramm 2004:

Materialbeschaffungen im Umfang von 409 Millionen Franken

BERN. – r. Der Ständerat behandelte am 8. Juni als Zweitrat das Rüstungsprogramm 2004, das der Bundesrat nach der Ablehnung der ursprünglichen Fassung in der Frühlingssession überarbeitet hat. Verzichtet wird auf die beiden Transportflugzeuge und auf die Geniepanzer. Das Programm umfasst nun noch Materialbeschaffungen im Umfang von 409 Millionen Franken. Wichtigster Posten sind das Luftraumüberwachungs- und Einsatzleitsystem Florako und die Nachrüstung der F/A-18; ferner Betankungscontainer, ballistische Helme und ein Live-Simulationssystem für Gefechtsübungen bis auf Stufe Einheit.

Bundespräsident Samuel Schmid zeigte sich erfreut, dass es jetzt möglich wurde, den politischen Entscheid vom März zu korrigieren. So verabschiedete der Ständerat das Rüstungsprogramm 2004 mit 35 gegen 1 Stimme. In der Gesamtstimmung lautete das Ergebnis 33 zu 2 Stimmen bei 1 Enthaltung.

Zwei Tage vor dem Ständerat behandelte der Nationalrat das Rüstungsprogramm 2004; jedoch nicht ohne kritische Worte der SP. Der Nationalrat hiess als Erstrat das abgespeckte Rüstungsprogramm mit 109:44 Stimmen gut.

nur 222 Millionen zu kürzen und dafür beim Bundesamt für Wohnungswesen zu sparen. Andererseits blieb auch die Ratslinke chancenlos, die die Kürzungen auf 687 Millionen, 1,7 Milliarden beziehungsweise sogar 2,3 Milliarden erhöhen wollte.»

Jürg Sohm/Christof Forster im
«St. Galler Tagblatt» vom
2. Juni 2005

«... Nun ist die Grosse Kammer weitgehend auf den Kurs des Ständerats eingeschwenkt. Wie der Erstrat schont auch sie die Bauern und Busbetriebe, die weiterhin verbilligtes Mineralöl tanken dürfen. Das Sparopfer erbringen müssen dafür die 40 000 Staatsangestellten. In den nächsten Jahren werden 2500 Stellen abgebaut, weitere 2000 alleine beim VBS...»

Isabel Drews, in der «Neuen Luzerner Zeitung» vom 2. Juni 2005

Für die SP fasste der Luzerner Hans Widmer die Gemütslage zusammen: «Wir haben vor kurzem unsere Vorstellungen der Armee bekannt gegeben. Vor allem punkto Grössenordnung wollen wir eine andere, kleinere Armee.» So sei es für die SP nur konsequent, auch das abgespeckte Rüstungsprogramm abzulehnen oder

sich zu enthalten. Widmer: «Es wäre wünschbar, zuerst über die konzeptionelle Ausrichtung der Armee zu diskutieren, bevor man Rüstungsgüter beschafft.»

Und Josef Lang (Alternative, Zug) ging sogar noch einen Schritt weiter: «Wir bedauern, dass der Bundesrat den Absturz des Rüstungsprogramms 2004 nicht benützt hat für ein Rüstungsmoratorium.» Der Armee fehle es «nicht an Waffen, sondern an Argumenten», so der Zuger Nationalrat.

MILITÄRPOLITIK**Nachrichtendienste**

NATIONALRAT. – r. Ein weiteres Traktandum bildete eine Motion der Sicherheitspolitischen Kommission, die vom Bundesrat eine umfassende Gesetzesgrundlage für die Nachrichtendienste verlangt. Sie geht auf eine parlamentarische Initiative zurück, welche eine Neuorganisation des Strategischen Nachrichtendienstes und die Schaffung einer vom Parlament gewählten Kommission für die Oberaufsicht forderte.

Kommissionssprecherin Barbara Haering (sp., Zürich) drängte darauf, dem Bundesrat «das richtige Zeichen» zu geben. Mit 96 gegen 49 Stimmen stimmte der Nationalrat für den Gesetzgebungsauftrag. Neben den Grünen ging einzig der Grossteil der SVP auf Distanz zur Motion, um ihren beiden Bundesräten die Handlungsfreiheit zu sichern. Nach ihrem Willen soll nun der Ständerat den Auftrag zu einem Postulat abschwächen.

Swisscoy-Einsatz in Kosovo

NATIONALRAT. – r. Der Bundesrat beantragte die Verlängerung des Swisscoy-Einsatzes in Kosovo bis Ende 2008. Der Einsatz war letztes Jahr nach gewalttätigen Auseinandersetzungen angepasst worden. Grundsätzlich hat er sich nach Ansicht der Regierung aber bewährt. Die Kosten sollen mit jährlich 37,5 Millionen Franken unverändert bleiben.

Josef Lang (sga./gp., Zug) erinnerte an den in seinen Augen völkerrechtswidrigen Luftkrieg der Nato

in Kosovo und die menschlichen Tragödien in dieser Region. Der Votant beantragte bei dieser Vorlage Nichteintreten.

Ulrich Schlüer (svp., Zürich) beantragte seinerseits Nichteintreten. Die Verfassung ermächtigt zwar zu Auslandseinsätzen, verpflichte aber nicht dazu. Solange der Verteidigungsauftrag der Armee für die heutige Zeit nicht formuliert sei und die Probleme mit der Armee XXI andauern würden, seien solche Einsätze abzulehnen. Und so lange der Status von Kosovo nicht international geklärt sei, gebe es dort auch keine Investitionen. Die Swisscoy leiste unter anderem Tiefbauinsätze, und dies in einem Land mit 60 Prozent Arbeitslosen.

Mit 107 zu 48 Stimmen wurde der Nichteintretensantrag abgelehnt. In der Gesamtstimmung wurde die Vorlage mit 105 zu 48 Stimmen gutgeheissen.

VBS: Immobilienbotschaft 2006

BUNDESRAT. – vbs./-r. Die Landesregierung hat die Immobilienbotschaft VBS 2006 beraten und genehmigt. Sie umfasst insgesamt fünfzig neue Verpflichtungskredite mit einer Gesamtsumme von 326,978 Millionen Franken. Davon entfallen 200,478 Millionen auf Sanierungen, Neu- und Umbauten, 16,5 Millionen Franken für Vertragsgeschäfte und 110 Millionen für den Immobilienunterhalt und die Liquidationen. Damit werden mit dieser Botschaft insgesamt 44,884 Millionen Franken weniger beantragt als im Vorjahr.

Mit der Änderung der Verordnung über das Immobilienmanagement und die Logistik des Bundes vom 14. Dezember 1981 per 1. Februar 2005 werden neu Vorhaben bis 3 Millionen Franken – bisher bis 1 Million Franken – in Form eines Sammelkredites beantragt.

Die Immobilien-Planung Verteidigung basiert auf dem aktuellen Stationierungskonzept der Armee und ist auf die Streitkräfte-Entwicklung abgestimmt. Alle Vorhaben aus dem Departementbereich Verteidigung entsprechen einem ausgewiesenen militärischen Bedürfnis. Es geht darum, die notwendigen Anlagen in der richtigen Qualität, am richtigen Ort, im richtigen Zeitpunkt und kostengünstig zu Verfügung zu haben.

Le Conseil fédéral approuve le Message sur l'immobilier du DDPS 2006

Lors de sa séance, le Conseil fédéral a discuté et approuvé le Message sur l'immobilier du DDPS 2006. Il comporte au total vingt-cinq nouveaux crédits d'engagement pour un montant de 326,978 millions de francs. De ce montant, 200,478 millions de francs sont destinés à des assainissements, des nouvelles constructions et des rénovations, 16,5 millions de francs pour des prestations contractuelles et 110 millions de francs pour l'entretien de bâtiments et des liquidations. Les crédits demandés avec ce message sont au total de 44,884 millions de francs inférieurs à ceux de l'année précédente.

Ungereimtheiten

HELIKOPTER-KAUF. – r. «Schnell entschieden, nicht getestet, irreführend informiert: Die Evaluation durch das VBS wirft Fragen auf», schreibt die «NZZ am Sonntag» vom 19. Juni. Beim geplanten Kauf von 20 Helikoptern habe das Verteidigungsdepartement mehrfach irreführende Angaben gemacht. Für 310 Millionen Franken wolle es einen Helikoptertyp kaufen, den es nie getestet habe. Zudem sei die Evaluation des Eurocopter vom VBS mit grosser Geheimhaltung abgewickelt worden.

Mit den Regierungsausgaben ist es wie mit dem Sex. Die, die es tun, reden nicht darüber und umgekehrt.

The Economist

Teilrevision der Verordnung über den Schutz militärischer Anlagen

BUNDESRAT. – Die Verordnung über den Schutz militärischer Anlagen tritt am 1. Juli 2005 in Kraft.

Wegen der Reformen in Armee XXI und Verwaltung mussten die Bezeichnungen verschiedener Verwaltungseinheiten und Entscheidungsträger angepasst werden.

Hauptgegenstand der Anpassung war die Konkretisierung des «Wahrnehmungsprinzips»

Allein 2004 erfolgten insbesondere gegen Medienschaffende sieben Strafanzeigen wegen der Veröffentlichung von Anlagestandorten. Mit der Konkretisierung des Wahrnehmungsprinzips soll nun eine höhere Rechtssicherheit geschaffen werden. Danach ist es jedermann erlaubt, Aussenaufnahmen von militärischen

Anlagen, die ohne besondere Vorkehrungen, zum Beispiel durch unerlaubtes Eindringen in ein umzäuntes Grundstück, erstellt worden sind, anzufertigen und zu veröffentlichen. Neu wird nun aber ausdrücklich geregelt, dass bei der Veröffentlichung solcher Aufnahmen keine zusätzlichen Angaben über Standort oder Zweck beigefügt werden dürfen. Denn diese ergänzenden Angaben können die Identifikation, sprich die «Enttarnung» der Anlage ermöglichen und damit ein militärisches Geheimnis verletzen.

Mit der Konkretisierung des Wahrnehmungsprinzips wird eine höhere Rechtssicherheit angestrebt. Als Folge davon wird eine Reduktion von Strafanzeigen wegen Bekanntgabe von Standorten und Verwendungszweck von Anlagen erwartet.

SCHWEIZER ARMEE

145 500 Schützen

EIDG. FELDSCHIESSEN. – r. Rund 145 500 Frauen und Männer haben sich am Eidgenössischen Feldschieszen 2005 beteiligt. Dies entspricht einem Rückgang von zehn Prozent gegenüber 2004. Für Arnold Näf vom Schweizerischen Schiesssportverband (SSV) ist der Rückgang vor allem auf das Bilderbuchwetter zurückzuführen. Immer deutlicher zeigten sich aber auch die Auswirkungen der Bestandesreduktion der Schweizer Armee, wie er der «Neuen Luzerner Nachrichten» erklärte.

... und die Blicke richten sich auch nach Frauenfeld

SCHÜTZENFEST. – r. Bis am 17. Juli ist Frauenfeld Gastgeber für die Schweizer Schützen. Über 50 000 Aktive werden sich am 55. Eidgenössischen Schützenfest in den verschiedenen Wettkämpfen messen. Täglich werden rund 2500 Schützen mit ihren Sektionen erwartet. Um diesen Andrang zu bewältigen, sind auf dem Festgelände 218 Scheiben auf 300 m, 34 Scheiben auf 50 m und 25 Scheiben auf 25 m bereitgestellt. Das beeindruckende Festzentrum erstreckt sich auf einer Fläche von 1300 auf 600 Meter und wird durch ein 11x6,5 Meter messendes Tor betreten.

Nationalratskommission für Militärjustiz

BERN. – nzz/-r. Die Rechtskommission (RK) des Nationalrates ist gegen die Abschaffung der Militärjustiz. Sie beantragt ihrem Rat mit 14 zu 8 Stimmen, einer parlamentarischen Initiative von Josef Lang (gp., Zug) keine Folge zu geben. Die Militärjustiz hat sich nach Meinung der Mehrheit der RK durch ihre Effizienz und die Berücksichtigung der besonderen Umstände im Militär bewährt. Die Minderheit befürwortet die Übertragung der Aufgaben der Militärjustiz an zivile Gerichte, wie die Parlamentsdienste mitteilten. Für Lang sind Militärprozesse ein Anachronismus. Das Beziehen von allenfalls nötigem militärischem Fachwissen wäre für Zivilgerichte nichts Aussergewöhnliches, hätten diese doch häufig über Sachverhalte zu entscheiden, zu deren Beurteilung sie auf Experten und Gutachten angewiesen seien.

Swisscoy:

Keine Strahlenbelastung

BERN. - nzz./-r. Die Soldaten der Schweizer Swisscoy-Kontingente, die seit 1999 in Kosovo im Einsatz stehen, sind keiner erhöhten radioaktiven Strahlenbelastung ausgesetzt. Das ergaben Messungen durch das 11. Kontingent mittels Dosimetern. Die Messungen erfolgten während acht Monaten bis Mitte April 2005.

Neubesetzung von Kaderstellen im VBS

VBS. – m.b. Der Bundesrat hat drei Kaderstellen im Eidg. Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) besetzt. Neuer Direktor des Bundesamtes für Landestopografie (swisstopo) wird Jean-Philippe Amstein, neuer stellvertretender Generalsekretär des VBS wird Robert Wieser und neuer Stellvertreter des Direktors in der Direktion für Sicherheitspolitik (DSP) wird Christian Catrina. Wieser und Catrina treten ihre Posten am 1. Juli an, Amstein führt swisstopo ab 1. Januar 2006.

Der langjährige Direktor des Bundesamtes für Landestopografie (swisstopo), Dr. Erich Gubler, tritt auf Ende 2005 unter Verdankung der geleisteten Dienste in den Ruhestand. Nachfolger wird Jean-Philippe Amstein (53), der seit 2001 Stellvertreter des Direktors von swisstopo ist.

Neuer stellvertretender Generalsekretär des VBS wird Fürsprecher Robert Wieser (53), Chef des Rechtsdienstes VBS. Neben dieser Fachverantwortung wird Wieser für die Teilbereiche Raum und Umwelt VBS, Schadenzentrum VBS sowie Dienste und Personal im Generalsekretariat VBS zuständig sein. Robert Wieser ist seit rund 24 Jahren im Generalsekretariat EMD/VBS tätig.

Neuer Stellvertreter des Direktors DSP wird Dr. phil. Christian Catrina (49). Er arbeitet seit rund 18 Jahren im EMD/VBS im Bereich der Sicherheitspolitik. Aufgrund der Ergebnisse einer Leistungsanalyse wurde die Direktion für Sicherheitspolitik neu ausgerichtet und personell deutlich verkleinert. Christian Catrina ist Chef des Bereiches Strategie und Internationales.

Party-Service



Güggeli
Bratkartoffeln
Salate

gut und preiswert

Ihr Kompanieabend einmal anders ...

bequem:

- Wir kommen zu Ihnen in die Kaserne, in den Wald, an den See ...
- Sie benötigen keine Kücheneinrichtung
- Sie überlassen die Küchenarbeiten uns
- Sie bezahlen nur die gebratenen Esswaren

unsere Stärke:

- leistungsfähige Grills (100-120 Personen/Std.)
- absolute Hygiene
- nur ausgebildetes Schweizer Personal
- ausschliesslich Schweizer Produkte aus ökologischen und tiergerechten Anbau- und Produktionsbedingungen

Testen Sie uns! Fragen Sie Ihre Kollegen!

Guet's
Güggeli

Referenzliste siehe
www.guets-gueggeli.ch
Tel. 071 950 06 55



Mutationen auf hohen Posten der Armee

m.b. Der Bundesrat hat zahlreiche Mutationen auf hohen Posten der Armee beschlossen. Neuer Kommandant der Luftwaffe wird der 57-jährige Brigadier Walter Knutti, zurzeit Chef des Luftwaffenstabes. Knutti tritt seinen Posten als Nachfolger von Hans-Rudolf Fehrlin auf den 1. Januar 2006 unter Beförderung zum Korpskommandanten an.

Im Rahmen der neuen Organisationsstrukturen der Armee wird die Zahl der höheren Stabsoffiziere in einem weiteren Zwischenschritt auf den 1. Januar 2006 von 59 auf 54 gesenkt. 2010 soll deren Zahl noch 46 betragen.

Entlassung aus der Funktion per Ende 2005

Brigadier Doris Portmann, Chef Frauen in der Armee im Nebenamt, wird unter Verdankung der geleisteten Dienste auf Ende Jahr aus ihrer Funktion entlassen; die Funktion wird gleichzeitig aufgehoben.

Pensionierungen per Ende 2005

Die folgenden höheren Stabsoffiziere werden Ende 2005 ihr Rücktrittsalter erreicht haben und unter Verdankung der geleisteten Dienste pensioniert:

- Korpskommandant Beat Fischer, Controller Umsetzung Armee XXI und ehemaliger Kommandant des Gebirgsarmeekorps 3
- Divisionär Max Riner, Projektleiter VBS XXI
- Korpskommandant Hans-Rudolf Fehrlin, Kommandant der Luftwaffe
- Brigadier Marcel Muggensturm, Kommandant des Lehrverbandes Führungsunterstützung Luftwaffe 34
- Divisionär Bertrand Jaccard, Kommandant des Lehrverbandes Infanterie 3/6

Ordentliche Pensionierung als Zivilangestellter mit Milizgrad höherer Stabsoffizier

Unter Verdankung der geleisteten Dienste tritt Ende 2005 Divisionär

Josef Schärli in den Ruhestand. Er ist Chef Internationale Beziehungen im Departementsbereich Verteidigung.

Vorzeitige Pensionierungen von höheren Stabsoffizieren

Folgende höhere Stabsoffiziere treten auf Ende Jahr unter Verdankung der geleisteten Dienste in den vorzeitigen Ruhestand:

Divisionär Martin von Orelli, Stellvertreter des Chefs der Armee

Divisionär Pierre-André Winteregg, Ausbildungschef der Luftwaffe

Brigadier Rudolf Steiger, Direktor der Militärakademie an der ETH Zürich.

Verlängerung des Arbeitsverhältnisses über das ordentliche Pensionierungsalter

Divisionär Markus Rusch, persönlicher militärischer Berater des Chef VBS, bleibt ein Jahr über das ordentliche Pensionierungsalter hinaus, d.h. bis Ende 2006, auf seinem Posten.

Zugeteilter höherer Stabsoffizier des Chefs der Armee Brigadier André Blattmann, Kommandant der Zentralschulen, wird Zugeteilter höherer Stabsoffizier des Chefs der Armee.

Ernennung von höheren Stabsoffizieren auf den 1. Januar 2006

Chef Internationale Beziehungen im Departementsbereich Verteidigung (V) wird Dr. iur. Erwin Dahinden (48) von Schüpfheim LU und Hasle LU, Oberst i Gst, Milizoffizier, wohnhaft in Villars-sur-Glâne. Dahinden ist heute Chef Multilaterale Verträge und Streitkräftebeziehungen und bereits seit dem 1. Januar 2004 Stellvertreter des Chefs Internationale Beziehungen V. Dahinden wird auf den 1. Januar 2006 während der Ausübung der Funktion der Milizgrad eines Brigadiers verliehen.

Verteidigungsattaché in Indien wird, vorbehaltlich seiner Akkreditierung, Brigadier Paul Kälin (55), von Einsiedeln SZ, wohnhaft in Aeschlen. Er ist Stellvertreter Chef Einsatzstab Luftwaffe, zur Zeit in Weiterbildung

am National Defence College in New Delhi.

Chef des Luftwaffenstabes wird Oberst i Gst Christian Papaux (56), von Treyvaux FR, wohnhaft in Matran. Papaux wurde 1972 zum Berufsmilitärpiloten ausgebildet und ist seit 2004 Stellvertreter des Ausbildungschefs Luftwaffe. Er wird auf den 1. Januar 2006 zum Brigadier befördert.

Gemäss aktuellem Planungsstand sollen die beiden Lehrverbände Führungsunterstützung Heer und Luftwaffe per 1. Januar 2008 zusammengelegt werden. Im Sinne einer Übergangsregelung soll Oberst i Gst Peter Zahler (51), von St. Stephan BE, wohnhaft in Neerach, den Lehrverband Führungsunterstützung Luftwaffe 34 übernehmen. Zahler war bisher Stellvertreter des Kommandanten dieses Lehrverbandes. Er wird auf den 1. Januar 2006 zum Brigadier befördert.

Divisionär Christian Schlapbach, Chef Einsatzstab Heer, steht ab 1. Januar 2006 zur Verfügung des Projektes Bundesverwaltungsreform 2005–2007. Die Funktion Chef Einsatzstab Heer wird aufgehoben.

Stellvertreter Kommandant Heer/Ausbildungschef Heer: Aufgrund der neuen Verwendung von Divisionär Christian Schlapbach soll die Stellvertretung des Kommandanten des Heeres dem heutigen Ausbildungschef Heer, Divisionär Hans-Ulrich Solenthaler (57), zusätzlich zu seiner bisherigen Funktion übertragen werden.

Chef Heeresstab wird Oberst i Gst Peter Candidus Stocker (46), von Freienbach SZ, wohnhaft in Wettlingen. Oberst i Gst Stocker verfügt über eine akademische Ausbildung als Dr. phil. I und ist seit dem 1. Januar 2004 Stellvertreter des Ausbildungschefs Heer; Stocker wird auf den 1. Januar 2006 zum Brigadier befördert.

Kommandant des Lehrverbandes Infanterie wird Brigadier Michel Chabloz (56), von Château d'Oex, wohnhaft in Pully. Brigadier Chabloz hat seine Berufslaufbahn bei der Infanterie absolviert und führt seit dem 1. Januar 2004 die Infanteriebrigade 2.

Kommandant des neu gebildeten Lehrverbandes Panzer und Artillerie wird der bisherige Kommandant des Lehrverbandes Panzer, Brigadier Fred

Heer (57), von Glarus, wohnhaft in Steffisburg.

Neuer Kommandant der Infanteriebrigade 2 wird der bisherige Zugeteilte Höhere Stabsoffizier des Kommandanten Höhere Kaderausbildung, Brigadier Martin Chevallaz (57), von Montherod VD, wohnhaft in Epalinges.

Kommandant der Infanteriebrigade 7 wird der bisherige Kommandant des Lehrverbandes Artillerie, Brigadier Hans-Peter Wüthrich (56), von Nierdorf BL, wohnhaft in Bolligen.

Der Kommandant der Generalstabschule, Brigadier Marcel Fantoni (53), von Brig VS und Dietikon ZH, wohnhaft in Dietikon, übernimmt neben seiner Funktion zusätzlich die Stellvertretung Kommandant HKA.

Neuer Direktor der Militärakademie an der ETH Zürich (MILAK) wird Brigadier Daniel Lätsch (48), von Rüti und Stäfa ZH, wohnhaft in Jona. Brigadier Lätsch verfügt über einen akademischen Abschluss als Dr. phil. I. und ist zur Zeit Kommandant der Infanteriebrigade 7.

94 Stellen werden gestrichen

ROTHENBURG. – nl./-r. «Ab dem Jahr 2008 ist der AMP Rothenburg stellenmässig auf null», bestätigte Armeesprecher Felix Endrich gegenüber der «Neuen Luzerner Zeitung». 94 Angestellte, davon 19 Lehrlinge, müssen sich beruflich neu orientieren. Immerhin: Alle Lehrlinge können ihre Ausbildung in Rothenburg beenden.

... und noch eine weitere Auflösung

BERN. – -r. Das Überwachungsgeschwader der Armee wird definitiv aufgelöst.

Die Sparvorgaben zwingen das Verteidigungsdepartement dazu, sagte Bundespräsident Samuel Schmid im Nationalrat. Die Leistungen des Geschwaders würden aber weiterhin erbracht: Geändert werde nur die interne Organisation.